

DONNERSTAG

**Wirbel um
«Analphabeten»**



Die Personalentscheidungen von Erzbischof Wolfgang Haas (Bild) stossen im Land nicht immer auf uneingeschränkte Gegenliebe. Vor allem die «Laien-Frage» sorgt für Diskussionen. Jetzt setzte Generalvikar Markus Walser noch einen drauf – er soll Laien mit Analphabeten verglichen haben. Gegenüber dem Volksblatt dementierte Walser. Seite 3

**Ein Abend für
Schlagerfreunde**



MALBUN: Am 9. März wird es in Malbun ein Feuerwerk des volkstümlichen Schlagers zu bestaunen geben: u.a mit Renate und Gitti, Steirerbluat (Bild) und Chantal. Seite 11

**Erwartungen
nicht ganz erfüllt**



ALLGEMEIN: Die Sportkommission schaffte in Zusammenarbeit mit dem LOSV für die Olympiade in Salt Lake City für unsere Sportler Voraussetzungen, wie sie besser noch nie waren. Die im Vorfeld gehegten sportlichen Erwartungen konnten aber nicht ganz erfüllt werden. Roman Hermann (Bild), Präsident der Sportkommission, zieht eine Olympia-Bilanz und wirft einen Blick in die Zukunft, in der auch eine Limiten-Überarbeitung zur Diskussion steht. Seite 19

REKLAME



Sunplan AG, Schaanerstr. 39, FL-9490 Vaduz
Telefon +423 / 232 03 93, www.sunplan.com

«Wir betrachten unser Steuersystem als sehr transparent»

Liechtenstein legt Position zu OECD-Initiative dar – Bankkundengeheimnis bleibt

In einer Erklärung zur OECD-Initiative «Schädliche Steuerpraktiken» hat Liechtenstein seine Position klar dargelegt. Die Regierung bringt darin einerseits ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der OECD zum Ausdruck. Andererseits unterstreicht sie aber auch, dass Liechtenstein bereits jetzt über ein umfassendes und transparentes Steuersystem verfügt, das sich in seiner Praxis seit langem bewährt hat.

«Liechtenstein tritt grundsätzlich für Transparenz von Steuersystemen ein und sieht die Transparenz in Steuerangelegenheiten als wesentlichen Grundsatz seines eigenen Steuersystems an», erklärte Regierungschef Otmar Hasler am Mittwoch. Liechtenstein sehe das Transparenzgebot als ein «allgemeines Gebot der Fairness im Verhältnis zwischen Gesetzgeber, Steuerbehörden und Steuerpflichtigen». Inhalt und Anwendungen des Gesetzes

sollen für die Steuerpflichtigen klar und nachvollziehbar sein, so der Regierungschef an der gestrigen Pressekonferenz, an der er sich zum Inhalt der liechtensteinischen Erklärung äusserte.

Informationsaustausch

Nach den Worten von Otmar Hasler bringt Liechtenstein dem von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geforderten Informationsaustausch aufgrund des immer stärker werdenden Zusammenwachsens lokaler Finanz- und Kapitalmärkte Verständnis entgegen. Nach Ansicht Liechtensteins könne ein solcher Austausch jedoch nur auf gefestigten internationalen Standards beruhen, die die wichtigen internationalen Finanzzentren innerhalb und ausserhalb der OECD anerkennen und anwenden würden. Die Grundlage eines solchen Informationsaustausches sieht Liechtenstein laut Otmar Hasler in bilateralen völkerrechtlichen Verträgen zwischen souveränen Staaten. Dabei solle allgemein anerkannten Grundsätzen wie Gegenseitigkeit, Einhaltung ausreichender Standards auf



Regierungschef Otmar Hasler: «Die Ausgestaltung der Steuerrechtsordnung ist ein zentrales Element der nationalen Souveränität».

dem Gebiet der Amtsverschwiegenheit, Daten- und Persönlichkeitsschutz entsprochen werden. Otmar Hasler zufolge verfügt

Liechtenstein bereits jetzt über ein umfassendes und transparentes Steuersystem, das sich in seiner Praxis seit langem be-

währt habe. «Wir begrüßen, dass die OECD mit der Neuausrichtung ihrer Initiative im vergangenen Jahr wieder stärker die Vorteile des Steuerwettbewerbs mitberücksichtigt. Die Ausgestaltung der Steuerrechtsordnung ist ein zentrales Element der nationalen Souveränität», hielt der Regierungschef weiter fest.

Aktive Rolle

Liechtenstein sei sich der zunehmenden Tragweite einer internationalen Zusammenarbeit gerade im Bereich der Finanzdienstleistungen bewusst und messe daher einer aktiven Rolle in der Staatengemeinschaft grosse Bedeutung bei. Bekanntlich wurde dies erst kürzlich im Bereich der Sorgfaltspflichten durch die Financial Action Task Force (FATF) gewürdigt.

Weiters hätten die Steuerbehörden der USA die bankenaufsichtsrechtliche «Know Your Customer-Rules» positiv vermerkt, so dass liechtensteinische Banken für Zwecke des US-Steuerrechts als «Qualified Intermediary» anerkannt seien, erklärte Regierungschef Otmar Hasler am Mediengespräch abschliessend. (paf/mö)

Vorwürfe sind fehl am Platz

Der Regierungschef zum Jahresbericht der Bankenkommission

Die Vorwürfe der Bankenkommission bzw. des Amtes für Finanzdienstleistungen sind bei der Regierung auf Unverständnis gestossen. Es dürften keine falschen Signale nach aussen gesandt werden, die nur der Sache und dem Finanzplatz schaden würden, meinte Regierungschef Otmar Hasler am gestrigen Mediengespräch.

Manfred Öhri

Die Bankenkommission – ein beratendes Gremium der Regierung, dem das Amt für Finanzdienstleistungen zur Seite steht – beschwerte sich in ihrem am Dienstag vorgestellten Jahresbericht 2001 vor allem über Informationsmängel durch die Regierung. Im Zusammenhang mit den Ereignissen des vergangenen Jahres und den neuen Fakten über den Finanzplatz Liechtenstein sei sie nicht oder zu wenig in die Diskussionen miteinbezogen worden, monierte die Kommission. Zudem sei die Zusammenarbeit zwischen der neu geschaffenen Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIU) und dem Amt für Finanzdienstleistungen nicht optimal.

Die Regierung sei an einer aktiven und konstruktiven Zusammenarbeit mit der Bankenkommission sehr wohl interessiert, hielt Regierungschef Otmar Hasler gestern fest. Sie dürfe aber nicht einseitig, sondern müsse zweiseitig sein. Die wichtige Arbeit der Bankenkommission werde von der Regierung ernst genommen, und die Kommission sei auch in die bisherigen Arbeiten zur Neustrukturierung der Finanzplatzaufsicht einbezogen worden.

Nicht nachvollziehbar

Von daher könne er die verschiedensten Vorwürfe nicht verstehen und diese auch nicht nachvollziehen, bemerkte der Regierungschef. Der Bericht enthalte ausserdem Vorwürfe, die klar zurückzuweisen seien. «Offensichtlich sind der Bankenkommission sehr einseitige Informationen zugekommen», meinte Otmar Hasler, der den Bericht erst gestern zu Gesicht bekam. Er werde ihn jedenfalls mit der Kommission diskutieren, und die Regierung werde auch gewisse Aussagen klären bzw. korrigieren.

Was das Amt für Finanzdienstleistungen betrifft, so kann es nach den Worten von Otmar Hasler nicht sein, dass

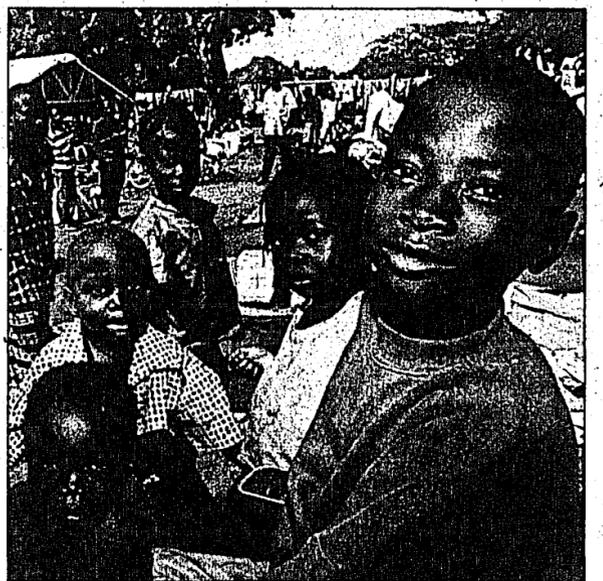
ein Amt an einer Pressekonferenz öffentlich die Politik der Regierung kritisiert. Es werde daher auch zu einem ersten Gespräch mit Amtsleiter Roland Müller kommen.

Massnahmen gewürdigt

Letztendlich müsse man sehen, so der Regierungschef, dass im vergangenen Jahr im Bereich des Finanzdienstleistungssektors sehr viel getan worden sei. Die getroffenen Entscheide seien nicht immer einfach, aber notwendig gewesen. Und die Massnahmen seien international auch ausdrücklich begrüsst und gewürdigt worden. Dabei habe die Regierung immer wieder hervorgehoben, dass auch die liechtensteinischen Finanzintermediäre auf sämtlichen Ebenen sehr grosse Leistungen erbracht hätten. Wichtig für eine nachhaltige Finanzpolitik sei, dass alle involvierten Kreise hinter den getroffenen Massnahmen und allen noch folgenden Anstrengungen für einen sicheren und attraktiven Finanzplatz Liechtenstein stehen würden. Rückblickende Kritik sei unangebracht und schade der ganzen Sache nur. Im Vordergrund müsse die Zusammenarbeit stehen.

Zu Sex gezwungen

Annan ordnet Untersuchungen an



Das UNO-Flüchtlingshilfswerk hat einen Bericht über sexuellen Missbrauch von Flüchtlingskindern in Westafrika veröffentlicht.

NEW YORK: UNO-Generalsekretär Kofi Annan ist «schockiert» über jüngste Berichte, nach denen Kinder in Flüchtlingslagern mehrerer westafrikanischer Länder von Mitarbeitern der UNO und anderer Hilfsorganisationen sexuell missbraucht wurden. Seine Sprecherin Marie Okabe sagte am Mittwoch in New York wei-

ter, Annan habe zusätzliche Nachforschungen angeordnet – «so genau und dringend wie möglich» und zusätzlichen Schutz für Frauen und Mädchen in den betroffenen Lagern bereitstellen lassen. Mit Entsetzen reagierte auch die Direktorin des UNO-Kinderhilfswerks UNICEF, Carol Bellamy, auf die Nachricht. Seite 32